

# Dresdner Volkszeitung

Postkonton: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Anstaltsverwaltungen Dresden-Neustadt und Dresden-Altkreis

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 2,00 — M., durch die Post bezogen monatlich 2,00 — M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 3,00 — M., Einzelnummer 12 — M., Sonnabendnummer 15 — M., Telegramm-Adress: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Nonpareilzeile 35 — M., die 8spaltige Reklamzeile 120 — M., außerdem 40 — M. u. 1,90 — M., Ausland 200 und 400 M. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietverträge 25 Proz. Rabatt. Für Briefverlieferung 10 M.

Nr. 264

Dresden, Montag den 13. November 1922

33. Jahrg.

## Der Stinnesstag

Herr Stinnes für eine Zehnstundenfront

Alle Tage bekommen wir jetzt zu hören, daß wir führende Männer der Wirtschaft an einflussreiche Staatsstellen setzen müßten, damit endlich einmal sachverständig bei uns regiert würde. Dabei zeigt sich immer wieder, daß viele sogenannte Wirtschaftsführer in volkswirtschaftlichen Fragen blutige Dilettanten sind, die über ihre Rasenpfeife nicht hinwegsehen können. Männer, die, wie Rathenau, gleichzeitig gute Geschäftsleute und gute Wirtschaftspolitiker sind, sind Ausnahmen. Ein Beispiel dafür, daß ein sehr guter Geschäftsmann ein schlechter Wirtschaftspolitiker sein kann, ist der heute in Deutschland so mächtige Hugo Stinnes. In einer Rede vor dem wirtschafts- und finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats führte er u. a. über die Frage der Arbeits-

werden dürfen, wie das in der Nachkriegszeit geschehen ist, man hätte die ausgeschütteten Mittel eben zum Ausbau und zur Verbesserung der „Instrumente der Wirtschaft“ verwenden müssen. Die Arbeiter sind nicht dazu da, um durch Weh- arbeits das wieder gutzumachen, was die Kapitalisten gesündigt haben. Das mag sich Herr Stinnes merken.

„Wenn Deutschland nicht den Mut hat, sich selbst zu helfen, dann ist ihm nicht zu helfen! — Die Schuld vor der Verantwortung ist in Deutschland nicht minder groß als die Kapitalistenschuld!“ So lauten die nicht gerade begeisterten Urteile des englischen (Bradbury) und französischen (Vathou) Mitgliedes der Reparationskommission nach den Berliner Verhandlungen.

In der französischen und der englischen Presse das gleiche Bild. Selbst in den gemäßigten französischen Kreisen, die die Politik Voincorés auf das entschiedenste verurteilen, wird erklärt: Wenn es zu einer neuen Krise komme, so trage die deutsche Regierung ein gut Teil der Verantwortung! So nicht der Deutere aus:

Die deutsche Regierung habe eine einzigartige Gelegenheit gehabt, durch Fortsetzung eines positiven Reparationsprogramms wieder aktiv in die internationale Politik einzutreten und der Welt zu zeigen, daß ihre Politik nicht einzig und allein darin besteht, auf alle vorgeschlagenen Lösungen mit einem „Unmöglich“ zu antworten. Ein solcher Plan hätte zum mindesten den künftigen Verhandlungen als Basis dienen können. Aber die deutsche Regierung habe auch diese Gelegenheit wieder verpaßt, nicht aus bösem Willen, sondern aus Unfähigkeit, aus Mangel an Willen überhaupt.

Jedoch verkennt man auch im Ausland nicht, daß die reichsfeindlichen und besonders die schwerindustriellen Kreise in Deutschland die Hauptlast an dem Verhängnis der deutschen Regierung tragen. Die Franzosen sprechen es offen aus,

daß gewisse, der Schwerindustrie nahestehende Kreise den Versuch nicht scheuten, bei der Reparationskommission gegenüber die Autorität der Regierung systematisch zu untergraben, in der Hoffnung, sich selbst dadurch in den Sattel schwingen zu können.

Und ein deutscher rechtsstehender Journalist äußerte sich nach der Frankfurter Erklärung dem Franzosen de Jouvenel gegenüber: „Deutschland braucht eine Diktatur, und da es sie bei sich selbst nicht gefunden hat, erwartet es sie vom Ausland.“ Wehlich dachten — sehr Jouvenel hinzu — sehr viele der deutschen Reaktionäre.

Auch die englische Presse spricht von einer einzigartigen Chance Deutschlands und ist — wie der Manchester Guardian — höchst beunruhigt durch die Opposition der Schwerindustrie:

Herr Stinnes hat seine eigenen Gesichtspunkte für die Reparationszahlung, deren besondere Merkmale sechs Prozent für ihn selbst und Zehnstunden-Arbeitsstag für die Arbeiter sind. Stinnes und seine Freunde seien typisch für die politischen Financiers, an denen die besten ökonomischen Vorschläge voraussichtlich scheitern würden.

## Erdbeben in Chile

Am Sonnabend in den Morgenstunden registrierte der Apparat der Sternwarte auf dem Königstuhl bei Heidelberg ein sehr heftiges Erdbeben, das an die Stärke des bekannten Erdbebens von Messina erinnert. Der erste Einschlag erfolgte um 5 Uhr 45 Minuten 28 Sekunden; das erste Wagnis um 6 Uhr 1 Minute 48 Sekunden; das zweite um 6 Uhr 36 Minuten 58 Sekunden. Die Bewegung hielt mehr als drei Stunden an. Der Herd des Erdbebens liegt in Chile. Wie Reuters aus Santiago de Chile meldet, sind bei dem Erdbeben in Coquimbo 500, in Copiapo und andern Orten schätzungsweise 200 Menschen ums Leben gekommen; 400 wurden verletzt.

Wie Havos aus Neuquén meldet, sind bei dem Erdbeben in Chile in Coquimbo 500 Häuser zerstört worden. Das Zentrum des Bebens liegt zwischen Serena und Coquimbo während des Bebens ist das Meer gegen 200 Meter weiter in das Land einwärts gedrungen.

Ein altes großes Naturereignis hat Heinrich von Kleist in einer seiner gewaltigen Novellen: Das Erdbeben von Chile, dargestellt.

## Die Wahlen in Mexiko

Washington, 10. November. Nach den offiziellen Wahlergebnissen in den Vereinigten Staaten setzt sich der Kongress wie folgt zusammen: Repräsentantenhaus 228 Republikaner, 204 Demokraten und ein Sozialist. Die

republikanische Mehrheit würde also 11 Siege betragen. Im Senat werden die Republikaner 53 Siege haben, die Demokraten 42, die Landwirte einen. Die republikanische Mehrheit wird also 4 Stimmen betragen.

Das Zusammenkommen der großen republikanischen Mehrheit von über 100 Stimmen wird auf die Agitation gegen das Schusswaffen- und das Alkoholverbot zurückgeführt. Durch bedeutend erhöhte Schusswaffen hatten die Republikaner verstanden, der Ueberherrschung des amerikanischen Marktes durch deutsche Waren vorzubeugen, um damit die Industrie zu beben. Aber dieses Mittel hatte zur Folge, daß eine Verbilligung der Lebenshaltung des Volkes unmöglich wurde. Da die ersten zwei Jahre des republikanischen Regimes im Innern einen ausgeprochen reaktionären Charakter trugen, der vor allem bei der rückstuflosen Unterdrückung der großen Streikbewegung in Erscheinung trat, und da drüben die sozialistische Bewegung noch in den Anfängen steckt, haben breite proletarische Wählerkreise für die oppositionelle Demokratische Partei gestimmt. Am Hintergrunde des Wahlsieges stand aber doch die Außenpolitik. Auch die Amerikaner erkennen, daß ihre eigene Krise letzten Endes auf das europäische Wirtschaftschicksal zurückzuführen ist, und gegen die bisher ziemlich streng durchgeführte Politik der Nichtbeteiligung in europäischen Angelegenheiten macht sich eine Bewegung bemerkbar, die der demokratischen Partei jedesfalls nicht geschadet hat.

## Die Naturalbesteuerung der Landwirtschaft

Von Hermann Kranold, Hannover

Durch die Presse ging vor kurzem ein Bericht über eine demokratische Ministerkonferenz, die einen Vorschlag des oldenburgischen Ministerpräsidenten Lancken über Naturalbesteuerung der Landwirtschaft im wesentlichen gutgeheißen hat. Das gibt Veranlassung zu einigen Worten über die Frage, wie eine solche Naturalbesteuerung ausgebaut werden muß, wenn sie insbesondere auch dem Zweck der Produktionssteigerung dienen soll.

Das Wichtigste ist bei einer Steuer natürlich, daß sie einen Ertrag bringt. Nun wissen wir seit der Zwangswirtschaft, daß alle Maßnahmen der Staatsgewalt zur Beschlagnahme eines Produktes Schiffbruch erleiden, je größer die Zahl der Produzenten ist, je mehr sich infolgedessen die Aktion der Staatsgewalt zersplittert und je besser schließlich die Gelegenheiten sind, sich auf dem Wege des Schleichhandels den staatlichen Maßnahmen zu entziehen. Die Verdrängung zum Schleichhandel wächst wiederum mit dem Gewinn, der bei solch einer ungelieblichen Handlung winkt. Um Marktscheine heutigen Tages zu fälschen, muß man schon ein ziemlicher Narr sein. Die Fälschung von Tausendmarktscheinen aber kann einen stattlichen Stundenlohn einbringen, und durch Fälschung von Zehntausendmarktscheinen kann man selbst heute noch in kurzer Zeit ein wohlhabender Mann werden. Infolgedessen ist das Vorkommen von falschen Scheinen in der Gruppe der Tausend- und Zehntausendmarknoten wesentlich häufiger als in der Gruppe der Marktscheine.

Ähnliches gilt natürlich für das Steuerzahlen in der Landwirtschaft. Wenn man dem Landwirt in einer Zeit, in der Getreide beim Verkauf sehr viel einbringt, kein Getreide ohne oder gegen geringe Entschädigung wegnimmt, so ist es natürlich für ihn sehr lohnend, sich seiner Naturalsteuerpflicht zu entziehen. Infolgedessen muß ein Kontrollsystem gefunden werden, das wirksamer ist als das bureaukratisch-polizeiliche. Dieses Kontrollsystem ist gegeben (ich habe es seit Jahren — selbstverständlich vergeblich — vorgeschlagen) mit der Solidarhaftung der Landwirte für die Entrichtung der Naturalsteuer. Sie würde darauf hinauslaufen, daß der Steuerrechner gegenüber einer Gemeinde, bei der Steuerrückstände entstanden sind, das Recht hat, sich durch Zugriff auf die Vorräte jedes einzelnen Angehörigen schadlos zu halten, mag der Betroffene nun selbst der Steuerbrüder sein oder nicht. Dabei bleibt es dem unschuldig Enteigneten überlassen, mit Hilfe besonders dafür zu schaffender, schnell arbeitender Rechtsbeistandungen sich von dem Schuldigen Ersatz zu holen. Bei diesem System wird jeder einzelne Landwirt zum Kontrolleur seines Nachbarn. Die Wirksamkeit dieses Systems ist geschichtlich sehr bekannt. Ueberall da, wo große Steuerleistung mit geringem Aufwand von Staatspersonal aufgebracht werden sollten, ist es erfolgreich angewendet worden. Das beruht darauf, daß es das Eigeninteresse des landwirtschaftlichen Produzenten zum Schrittmacher für das Interesse der Gesamtheit macht.

Eine weitere Frage ist, wie man durch eine vernünftige Gestaltung der Naturalbesteuerung die Produktivität der Landwirtschaft steigern kann. Das ist möglich, indem man die Höhe des Ertrages bei der Steuerfestsetzung berücksichtigt, und zwar teilweise in umgekehrtem Sinne wie sonst. Die übliche Art und Weise, Steuern zu erheben, beruht auf einer Gerechtigkeitsmeinung, nämlich auf der Vorstellung, daß man den tragfähigen Schultern eine größere Last aufbürden soll als den schwachen Schultern. Infolgedessen hat die Sozialdemokratie z. B. für den progressiven Ausbau der Einkommensteuer gefordert. Je höheres Einkommen jemand hat, einen desto größeren Prozentsatz muß er abliefern. Dieser Gedanke kann bei der Naturalbesteuerung insofern beibehalten werden, als man die Betriebe nach Größenklassen einteilt und innerhalb der Größenklassen nach auf die Bodenqualität Rücksicht nimmt. Dadurch wird aber nur eine gewisse Gerechtigkeit in der Verteilung der Steuerlast herbeigeführt, nicht dagegen für die Steigerung der Produktivität gefordert. Dies Ziel kann nur dadurch erreicht werden, daß man innerhalb der beschriebenen Abstufung noch einmal nach dem Ertrage der Flächen einsteigt — dieses Mal aber umgekehrt: Je mehr der einzelne Landwirt aus der Fläche herauswirtschaftet, einen desto geringeren Bruchteil vom Gesamtprodukt der Flächeneinheit soll er als Steuer abgeben müssen. Um ein Beispiel zu nehmen: Es wird festgestellt, daß der Landwirt von dem ersten Zentner Getreide, der bei ihm auf jedem Hektar wächst, 50 Prozent, vom zweiten Zentner 45 Prozent, vom dritten Zentner 40 Prozent, vom vierten Zentner 30 Prozent, vom fünften Zentner 20 Prozent, vom sechsten Zentner 10 Prozent, vom siebenten Zentner 5 Prozent als Naturalsteuer abzugeben hat. Erzeugt dieser Landwirt nun nur 2 Zentner Korn pro Hektar, so muß er 95 Pfund oder 47½ Prozent des Gesamtertrages abgeben. Erzielt er aber 4 Zentner vom Hektar, so muß er 165 Pfund oder 42 2/5 Prozent abgeben, es verbleiben ihm 235 Pfund oder 57 1/2 Prozent. Erzielt er dagegen 7 Zentner vom Hektar, so muß er 200 Pfund oder 28,6 Prozent abgeben, er bleiben 71,4 Prozent oder 500 Pfund zu seiner freien Verfügung. (Dieses Zahlenbeispiel ist natürlich nur schematisch zu verstehen.) Dadurch ist dafür gesorgt, daß, je mehr Kapital zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion aufgewendet wird, desto größere Getreidemengen tatsächlich als Steuer an den Staat fallen, daß aber gleichzeitig für den einzelnen Landwirt der Profit sich steigert. Die Folge davon würde

sein, daß es sich lohnt, intensiv zu wirtschaften, während der gegenwärtige, immer schlimmer werdende Niedergang der landwirtschaftlichen Produktion darauf zurückzuführen ist, daß der Landwirt ein besseres Geschäft macht, wenn er intensiv wirtschaftet, sein Kapital allmählich aus dem Betriebe herauszieht und zu anderweitiger Bildung größerer unproduktiver Privatvermögen verwendet.

Schlieflich ist es klar, daß eine Naturalsteuer wirklich produktionssteigernd nur wirken kann, wenn sie in den Naturalien erhoben wird, die der Einzelsteuerpflichtige tatsächlich produziert. Bei der gegenwärtigen Getreidemenge ist die Sache so, daß die Landwirte, die viel Getreide, aber wenig Viehfleisch bauen und auch keine Weiden halten, mit Reichlichkeit die Umlage aufbringen, während die Landwirte, die hauptsächlich Weideland haben oder Viehfleisch bauen, Getreide zum Marktpreise aufkaufen müssen um ihrer Lieferungsverpflichtung genügen zu können. Die von uns skizzierte Einstellung der Naturalsteuer erzielt offenbar keine Produktivitätssteigerung, wenn sie von den Viehzüchtern, Rüben- und Kartoffelbauern in Getreide erhoben wird. Infolgedessen muß die Naturalsteuer so aufgebaut werden, daß sie grundsätzlich alle wichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse direkt und in äquivalenten Mengen erfasst. Es ist Sache der Landwirtschaftsminister, zu berechnen, welche Mengen von Getreide, Kartoffeln, Zucker- und Futterrüben usw. einander äquivalent sind. Innerhalb eines solchen Umlagekoeffizienten wäre es dann möglich, durch willkürliche Veränderungen bei der Berechnung den (volkswirtschaftlich geborenen) überhandnehmenden Abbau einer Fruchtart einzudämmen, den einer ändern zu fördern; jedenfalls hätte das ganze System eine hohe Flexibilität aufzuweisen, die bei dem Minimum bürokratischer Verwaltungsaufwand, das mit ihm verbunden ist, voll zur Geltung kommen könnte. (Schluß folgt.)

### Korfanth's Niederlage

Warschau, 11. November. Nach dem endgültigen Wahlergebnis haben im neuen Sejm die Rechte 176 Sitze, die Linke 183, die nationale Minderheit 87. Das Billudnik-Lager (Linke und nationale Minderheiten) verfügt über 270 Stimmen gegen 176 Stimmen der Korfanth-Front. Die Niederlage Korfanth's ist somit trotz den (mit Franken? Red.) teuer erkauften Teilerfolgen im ehemals preussischen Teilgebiet entscheidend. — In Oberschlesien haben die polnischen Parteien gründlich verloren, die Deutschen dagegen erheblich an Stimmen gewonnen.

Warschau, 11. November. Die Nationaldemokraten fordern, daß die „Aaragehörliche“ Zusammenlegung des Sejm nicht zugelassen (durch wen?) werde. Der Kurier berichtet über faktische Organisation der Nationaldemokraten. Der Seimbund hiesige Kreis Schlägen der Republik Polen, Waffen und Munition seien ausreichend vorhanden, die Freikorps nennen sich Galla, Dombor und Billudnik.

### Die abgelehnte große Koalition

Die im Laufe des Sonnabends von dem Reichskanzler mit den einzelnen Parteivertretern geführten Verhandlungen über eine Umbildung der Regierung, haben, so wird aus Berlin gemeldet, bisher zu keinem Ergebnis geführt. Nach wie vor ist die Situation äußerst unklar, und es ist anzunehmen, daß vor dem Zusammentritt der einzelnen Reichstagsfraktionen, am Montag nachmittag, eine Klärung der Situation nicht erfolgt. Die Vertreter der Sozialdemokratie, die wie die übrigen Parteivertreter, am Sonnabend von dem Reichskanzler einzeln empfangen wurden, haben z. B. Wirth keinen Zweifel darüber gelassen, daß nach ihrer Auffassung ein gemeinsames Programm mit der Volkspartei und damit die große Koalition unmöglich ist. Alle Andeutungen über die Neubildung des Wirtschaftsministeriums, dessen gegenwärtiger Leiter Genosse Robert Schmidt von der Sozialdemokratie nicht preisgegeben werden wird, erledigen sich damit von selbst. Mit der Besetzung des Volksministeriums durch einen Nachminister oder sonstigen Veränderung in der Besetzung einzelner Ministerien ist die Sozialdemokratie einverstanden, soweit Personen in Frage kommen, die die Gewähr für ein gemeinsames Arbeiten bieten.

Nach der Aussprache des Reichskanzlers mit den sozialdemokratischen Vertretern wurden die Demokraten und später die Volksparteier empfangen. Allem Anschein nach haben die Demokraten sich der Volkspartei gegenüber für die große Koalition bereits festgelegt und ihnen insbesondere ihre Kampferwartung für die Inbetriebnahme des Außen- und Wirtschaftsministeriums zugesichert. Infolgedessen lautet die Fragestellung für sie

### Leben • Wissen • Kunst

#### Der Diebstahl im Weimarer Goethehaus

Das Preßblatt Thüringen teilt uns mit: In der Unterhaltungsbühne des Weimarer Theaters der Tag vom 2. November d. J. fand sich ein Wertes Weimarer Sammelstück, der sich mit dem nichtdauerlichen Diebstahl im Goethe-Nationalmuseum beschäftigt. In tendenziöser und gehäufiger Weise wird in jenem Ertrag der proteste Versuch gemacht, die Thüringer Landregierung, sowie die unterstellte mit der Verwaltung der Weimarer Kunstschatze betraute behördliche Stellen, schließlich auch Sozialismus und Arbeiterkassier für die Veranlassung des Goethe-Museums und andere vorgekommene Museumsdiebstähle verantwortlich zu machen. Dem Verfasser des Berichtes im Tag ist dabei offenbar weniger daran gelegen, zur Aufklärung und Verhinderung betraglicher Diebstähle im Goethe-Museum beizutragen, als wieder einmal eine Gelegenheit an den Saaren herbeizuziehen, die dem Verfasser übertragene Thüringer Landregierung und die hinter ihr stehenden Kreise in unaufrichtiger Weise zu schmähen und herabzumühen. Weiter scheint der Verfasser es darauf abgesehen zu haben, eine Klippe für seine sonst recht unbedeutliche Person zu erzeugen.

Zur Sache selbst ist mitzuteilen: Die von Seiten der Thüringer Landesregierung im Anschluß an den Diebstahl im Goethe-Museum angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß weder die Direktion des Instituts noch irgendeiner der Aufseher, die durchweg seit langen Jahren sich in kanakischen Diensten befinden, ein Verbrechen trifft. Die Direktion hatte alle Vorkehrungen getroffen, die nach menschlichem Ermessen geeignet sind, Diebstähle in den Räumen des Goethe-Museums zu verhindern, wobei allerdings die komplizierte Bauart des Hauses mit seinem unüberwindlichen Schwierigkeiten bereitet. Die von der Polizei angestellten umfangreichen Nachforschungen haben bereits auf die Spur des Täters geführt. Näheres kann hierüber vorerst nicht mitgeteilt werden, wie auch über die zur Sicherung der Museen getroffenen Maßnahmen aus nachfolgenden Gründen Veröffentlichungen nicht am Platze sind. Selbstredend ist bei dem enorm gestiegenen Wert aller Kunstschatze, der Werts der Diebstähle in Rußen, die sich nicht etwa eine neue Erscheinung sind, sondern stets und in allen Ländern vorfallen, heute außerordentlich erhöht. Es gehört aber eine nicht anders denn als verächtlich zu begegnende Situations dazu, solche Diebstähle dann aus politischen oder bestimmten politischen Organen oder gar großen Volksgruppen und geistpolitischen Richtungen schuld zu

im gegenwärtigen Augenblick: Große Koalition oder „Minderheitskabinett“ ohne Sozialdemokratie. Um eine vorläufige Klärung zu erreichen, haben die Demokraten am Sonnabend unter Aufwendung aller Ueberredungskünste versucht, den Kanzler zu einem Gesamtrücktritt des Kabinetts zu veranlassen. Sie erwarten dabei die schnellste Beantwortung ihrer Fragestellung und glauben bestimmt, daß die Sozialdemokratie einem „Minderheitskabinett“ „Gewehr bei Fuß“ gegenübersteht wird. Jedenfalls ist sicher, daß eine Minderheitsregierung von der sozialdemokratischen Fraktion kein Vertrauensvotum im Reichstag erhalten wird.

## Die Arbeitsleistung des Bergmannes

In Folgendem soll versucht werden, einen kurzen klaren Überblick zu geben über die verschiedenen Verhältnisse im Bergbau, wie sie während und nach dem Kriege in Erscheinung traten. Da vor dem Kriege Deutschland eine stabile Geldwährung hatte, so lernte man das Wort „Saluta“ eigentlich erst bei Kriegsausbruch kennen. Eine gewisse Beängstigung trat ein und bei Ausgabe der Darlehensanleihe, die sich auf dem Markt in verschiedener Art bemerkbar machte.

Schon zu Anfang des Krieges finden wir ein Emporschießen der Lebensmittelpreise, das sich aber nach dem Krieg abflachen konnte, als die Wiederrückkehr der Lebensmittel mit ihren unsagbaren Folgen einsetzte. Die Lebensmittel wurden immer geringer und im Verhältnis wie sie abnahmen, stiegen die Preise.

Hierzu hielten Löhne und Gehälter absolut nicht Schritt, sie wurden aber leider als untergeordnete Faktoren betrachtet.

Infolge dieser schlechten Bezahlung sucht der Arbeitnehmer zunächst auf Kosten der Bekleidung sein Leben zu fristen. Das geht zwar eine Weile, dann aber fängt die Unterernährung ihre Folgen an. Je mehr die Marx an Wert verliert, desto schlechter wird die Bezahlung für geleistete Arbeit, also auch immer schlechter die Ernährung; Krankheiten in der Familie, wie Tuberkulose usw. halten Schritt mit der zunehmenden Verarmung. Elend über Elend ist die Tagesfrage. Dinge kamen noch die schrecklichen Wunden, die der Krieg selbst geschlagen hat.

Die Folge ist, daß die Arbeitskraft, gelähmt und erschöpft, nicht mehr die Leistung hervorbringen kann, die man vor dem Kriege kannte. Trotzdem findet man unverantwortliche Gestalten, die um den schändlichen Wammus der Kapitalisten ein Nichtvolles der Arbeitnehmern in die Welt posaunen.

Wie sieht es mit den technischen und andern Hilfsmitteln aus?

Das Material (Bergbau) hat früher eine gewisse Qualität besaß, unterliegt stark der Abnutzung. Während des Krieges wurde eine Erneuerung kaum vorgenommen und wo solche eintrat, blieb es als Kriegsmaterial bedeutend unter der Qualität der Vertriebszeit zurück.

Wie es mit dem Förderwagenpark aussah, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden.

Auch bei den Maschinen trifft dasselbe zu. Die Erfindungen, aus Kriegsmaterial hergestellt, waren ein nobilitiertes Sammelstück und schiedem schließlich der Maschine mehr, als sie Nutzen brachten. Wie sah es z. B. mit dem Öl aus? Schmieröle der Maschinen aus? So wären noch manche Sachen aufzuführen, die zeigen, daß die Leistung nicht auf Kosten der notwendigen Materialien, Maschinen usw., sondern einzig und allein auf Kosten der menschlichen Arbeit herbeigeholt wurde.

#### Die Aus- und Vorrückung

Vor dem Kriege wurde eine Krise im Bergbau nicht durch Arbeiterentlassungen, sondern durch die verstärkte Aus- und Vorrückung behoben. Da wir aber außer dem Jahre 1918 in den letzten Jahren vor dem Kriege kaum eine ernsthafte Krise kannten, so hatte die Aus- und Vorrückung dem Abbau gegenüber kaum einen Wert.

Als nun bei Ausbruch des Krieges der größte Teil, aber vorwiegend die jungen und besten Arbeitskräfte zum Heeresdienst eingezogen wurden, hätte man beim normalen Verlauf der Dinge einen empfindlichen Verlust in der Förderung zu verzeichnen gehabt. Hier legte man die Aus- und Vorrückungsbetriebe still und legte die noch verbleibenden Arbeiter in die produktiven Kohlenbezirke.

An Vorrückung wurde während der ganzen Kriegszeit nur das direkt Notwendigste (Straßen, Kaufhäuser, Fremdenberge) angefaßt.

Es fand also während der ganzen Kriegszeit eine starke Vernachlässigung der Aus- und Vorrückung statt. Das hatte zur Folge, daß bei Kriegsende auch der Bergbau zum größten Teil erlahmt war und in der Förderung nach kurzer Zeit ganz empfindliche Störungen aufweisen mußte. Man war nun gezwungen, die vernachlässigten Betriebe gegenüber dem Abbau zu verdoppeln und zu verdreifachen. Es fand eine starke Vermehrung der Betriebsstätten statt, die aber nicht ausreichte der produktiven Kohlengewinnung, sondern als unproduktiv die vernachlässigte Arbeit belagerten.

Die ehrschnelleren Angriffe in der angeführten Auslassung des Tags, durch die besonders auch pflichtgetreue thüringische Beamte in Mitleidenschaft gezogen werden und außerhalb Thüringens der Eindruck erweckt werden soll, als ob hierzulande geschlossene Zustände herrschten, verdienen die schärfste Zurückweisung und Zurückweisung seitens aller anständigen denkenden Volksgenossen, ohne Unterlass der politischen Richtung, aller Deut, denen nicht an weiterer Vergiftung, sondern an einer möglichst gründlichen und Objektivierung des öffentlichen Meinungsampfes gelegen ist.

#### Konzerte

Ensemble-Konzert in Freital. Die Volkshochschule Freital hat es erfreulichweise nicht zu bereuen, daß sie die Sinfoniekonzerte des Dresdner Sinfonieorchesters auch in diesem Winter durchführt. Ähnlich ist es auch mit der rege Anteilnahme der Freitaler Bevölkerung verbunden, die auch finanziell nicht abgesehen von dem Wunsch nach einer etwas erträglicheren Temperatur im Konzertsaal (Christuskirche, Döhlen), hätten wir nur noch den einen, den wir schon einmal auszusprechen, und der noch immer unerfüllt ist, liegt im Interesse der Förderung der künstlerischen Wirkung nochmals dringend betont. Das Orchester muß auf dem Akropolis Aufstellung nehmen können, wobei die Stuhlschende nicht die geringste Entweihung erleiden darf. In der Dresdner Frankfurter wurde bei Orchestermitwirkung immer die Genehmigung dazu erteilt, und als die Willkommener vor zwei Jahren durch Schweden lühten, gaben sie ihre Konzerte alle vom Akropolis der Dome aus. Infolge des großen Orchesterbaus der Christuskirche wird der Zusammenhalt und der Zusammenklang der einzelnen Orchestergruppen sehr erleichtert. Wenn in einem so komplizierten Werke wie den Mozart-Variationen von Beethoven trotz alledem alles zu der bestmöglichen Lösung geführt wurde, so ist das der angeknüpften Aufmerksamkeit des Orchesters und der unbedingt sicheren Führung des jungen Dirigenten Kapellmeisters Rau zu danken. Daß er das Bestmögliche nicht so übermäßig langsam nahm, wie es sein Lehrer Fritz Busch gewohnt ist, sondern wir durchaus richtig. Denn der Charakter dieser Werke ist nicht tragisch, sondern ganz ohne Zweifel komisch, was durch lebhaftes Tempo besser zur Wirkung kommt.

Chor-Konzert in Schönewitz. Witten in den Stätten der Arbeit hat „Habe Sieb der Arbeit“ zu singen, ist ein sehr sinnvoller Gedanke. Er stammt wohl von Arno Starck, der schon früher mit seinem Dresdner Volksmännerchor Programme unter diesem Motto aufgeführt. In der Schönewitzer Schulturnhalle, also mitten im Dresdener Industriegebiet, ließ er seinen Arbeitssänger eine Reihe Sängere eines Lobpreis der Arbeit in den mannigfachen Variationen singen, in den auch die Solisten, Baritonist Binnert und Staats-

Die Deutsche Volkspartei hat in den demokratischen Vertretern, die die gegenwärtigen Verhandlungen führen, für ihre Absichten gute Fürsprecher gefunden. Ihre Zurückhaltung ist deshalb im Augenblick verständlich.

Nach der Haltung der bürgerlichen Parteien im Verlaufe der bisherigen Beratungen ist wahrscheinlich, daß die Entscheidung über eine Umbildung am Montag in der Zentrumskongregation fällt. Reichskanzler D. Wirth beschäftigt, die Entscheidung seiner Fraktion abzuwarten, ehe er zu irgendwelchen Handlungen schreitet. Alle Meldungen über die Neubildung irgendwelcher Ministerien beruhen bis dahin also lediglich auf Kombinationen.

Auch sollte man in der Ausgabezeit nicht vergessen, mitzuteilen, wieviel weniger Kohlenhäuser prozentual zur übrigen Bevölkerung heute noch gegenüber der Vorkriegszeit beschäftigt sind. Da aber in keiner öffentlichen Statistik diese Momente berücksichtigt werden und Förderung hindert durch die Belegschaftszahl die Einzelleistung ergibt, ist es ein Leichtes für den Unternehmer, der Mittelwelt ein Nichtvolles der Bergarbeiter vor Augen zu führen.

Minderwertige Flöße, wie auch solche, die fast unrein waren, wurden im Kriege stillgelegt und nach dem Kriege wieder in Angriff genommen. Eine Folge, daß die mächtigeren sowie reineren Flöße zum größten Teil abgebaut waren und bei Anmarschnahme der stillgelegten Flöße eine unbedeutende Minderleistung eintraten mußte, also sich auch dieses dem Nichtvolles alles ein Nichtvolles des Arbeiters hingestellt. Statt nun dieses alles zu berücksichtigen, wird versucht, die Arbeitsleistung des Arbeitnehmers nach Möglichkeit zu drücken.

Durch die mögliche Beschränkung der Freizügigkeit wird der Lohn stark gedrückt. Durch die schlechte Bezahlung ist der Arbeitnehmer nicht in der Lage, sich die Lebensweise anzueignen zu lassen, die ihm insofern seiner körperlichen harten und schweren Arbeit anseht, wodurch seine Arbeitskraft bedeutend beeinträchtigt wird.

Durch alle diese aufgeführten Momente mußte unbedingt eine Minderleistung bei den Belegschaften in der Statistik hervortreten und der Arbeiter tat sein Möglichstes hinzu, um der Mittelwelt eine falsche Vorstellung von den Arbeitnehmern im Bergbau zu machen und ihm ein schlechtes Bild zu stellen. Auch soll man die verdrängten Arbeitskräfte nicht vergessen.

Wie schon erwähnt, wurden die jüngsten und besten Arbeitskräfte zum Heeresdienst eingezogen. Hier werden also die Gefallenen und Vermissten aus. Was bleibt nun von dem Rest übrig?

- a) Die jeder Arbeit unfähig Verblümmelten.
b) Diejenigen, die infolge ihrer Verblümmung ihre alte berufliche Tätigkeit aufgeben mußten.
c) ungeschult sind die Hälfte vermindert Leistungsfähigkeit infolge erlittener Verwundung.
d) die verschiedenen infolge des Krieges erhaltenen Wunden.
e) die Kronkrankheiten und Sterblichkeit.

Alle die aufgeführten Leiden und Gebrechen haben die überproportional der Justizgefährten gewonnen, selbst innerhalb des Bergbaus. Ihre frühere Tätigkeit aufzugeben und dafür eine Beschäftigung leichter Art zu wählen. Selbst in der neuen Arbeit sind sie nicht in der Lage, dasjenige zu leisten, was notwendig ist, so daß hier mit Unrecht behauptet wird, der Wille fehlt.

Wie sieht es mit dem sonstigen Ertrag aus? Vor dem Kriege hat der Bergmann 40. Lebensjahre erreicht hatte, wurde, wenn er seine Arbeitsstätte zu wechseln beabsichtigte, nirgend, zum mindesten aber nicht als Kohlenhauer eingestellt, weil er nicht mehr dasjenige wie eine junge Arbeitskraft leistete. Aber es mußte Ertrag geschaffen werden und da nahm man, wie man zu sagen pflegt, „ausgediente Leute“.

Durch die immer größere Entwertung der Marx wurden auch die Invaliden, selbst Gerisse gezwungen, um leben zu können, zur Grubenarbeit zurückzukehren. Diese bilden nun einen Teil Ertrag für das Volk.

Wenn nun diese Leute ihre ganze Kraft hergeben, und das müssen sie, um mitzukommen, so muß es doch einem Laien klar sein, daß die Leistung gegenüber der jüngeren Kraft nicht so ausdauernd sein kann.

Durch die aufstrebende Kohlennot mußten immer mehr Kräfte dem Bergbau zugeführt werden. Landbewohner, Arbeiter aller Berufs wurden dem Bergbau eingeweiht. Das ist ungelante Masse nicht in der Lage ist, bergmännische Arbeiten gut auszuführen, ist klar. Der Bergbau ist eben ein Handwerk, wie jedes andre auch, ja, eine Kunst und will gründlich gelernt sein.

Über die Mittelwelt berücksichtigt, weil sie die Verhältnisse im Bergbau nicht kennt, das alles nicht und verurteilt den Bergmann, trotzdem er seine ganze Kraft aufopfert, um an der Befriedung der gesamten Wirtschaft mitzuarbeiten.

Schauspieler Alena Olga (Rezitationen) trefflich mit einstimmen. Wir hörten die ersten Ehre des Programms, und zwar unter Stars sehr klapper Leistung mit laubender Ensig und vorzüglicher Wortbehandlung mitgegeben; dazu mit einer harmonischen Reimerei, die lediglich nur die allergeringsten Zusatzströmungen, die selbst der beste Chor nicht vermeiden, aufweist. Der Abend zum Konzert zwingt dazu, es in den nächsten Tagen zu wiederholen.

Alte erabend d'Albert. d'Albert — ich erlaube mir darauf hinzuweisen, daß der Name d'Albert ausgesprochen wird —, d'Albert ist der bedeutendste Klaviermeister, dem kein andres an Größe und Wichtigkeit des Spiels gleicht, trotz der Größe, die er bald erreicht haben wird. Wie glänzend auch der Anlauf der jungen und jüngsten Pianisten sein mag, d'Albert ist in der Späres höherer Reifezeit, das Leben die, seine unvollstehende Musikalität, sein Tempo-Anschlag, das Leben die, Purzige seines Wesens, all das hat diesmal besonders ausdrucksvoll zutage. In Wolliger Gebelung spielte er auch (Klassische D-Moll-Suite), Beethoven's letzte Sonate, Brahms (Händelvariationen); diesen drei Arien ließ er noch Chopin und Debussy folgen, an denen er die Kapriolen seiner Virtuosität selbst mit ausloste. Einigen Zubereitungen und Juchern wurde dadurch das sogenannte jeitliche Gleichgewicht bedenklich erschüttert. P. B.

#### Dresdner Kalender

Theater am 14. November. Opernhaus: Martha (7 1/2). Schauspielhaus: Improvisationen im Juni (7 1/2). — Residenz-Theater: Madame Pitt (7 1/2).

Schauspielhaus. Sonntag den 19. November wird die Gerhart Hauptmann-Woche, die das Schauspielhaus zum 60. Geburtstag des Dichters veranstaltet, mit einer feierlichen Veranstaltung besonderer Art begonnen. Es folgen dann an allen Tagen der Woche Aufführungen Hauptmann'scher Werke, und am Sonntag den 26. November die Erstausführung des Wollhüllensmärchens „Und Pippa lang!“ unter Gerhart Hauptmann's persönlicher Leitung.

Sinfonie-Konzert. Heute (Montag) (7 1/2) im Gewerkehause Volks-Sinfonie-Konzert des Wilharmontischen Orchesters. Dirigent: Kapellmeister Willy Rau. Solisten: Kammergängerin Erna Fiebiger, Geiger von der Staatsoper. Programm: Beethoven's Symphonie Nr. 8 F-Dur, 2 Akten aus Figaro, List's Tasso, sinfonische Dichtung.

Die Dresdner Singakademie führt am Montag (7) in der Dreifaltigkeitskirche das deutsche Requiem von Brahms mit dem Lehrergesangsverein und dem Wilharmontischen Orchester unter Johannes Reicherts Leitung auf. Solisten sind Kammer-





# Sächsische Angelegenheiten

## Regierungsbildung und Parteipresse

Zu dem Beschluß unserer Landesinstanzen, die Kommunisten auf dem Boden der Reichs- und Landesverfassung zum Eintritt in die Regierung aufzufordern, äußerten sich bisher unsere Bruderblätter in Chemnitz und Zwickau. Die Chemnitzer Volksstimme schreibt:

Wie nicht anders zu erwarten war, haben Fraktion und Landesvorstände der Vereinigten Sozialdemokratie beschlossen, die Kommunisten zur Teilnahme an der Regierung aufzufordern im Rahmen der Landes- und Reichsverfassung. Auch die Kommunisten haben ein Programm von zehn Punkten aufgestellt, das manche Forderungen enthält, die für eine Staatsregierung unmöglich sind. Wollen die Kommunisten ernsthaft den Versuch machen, dem realistischen Vortritt ein freihelliges Sächsen entgegenzusetzen, so werden sie manches an diesen überspannten Forderungen zu revidieren haben. Es geht unter keinen Umständen, daß eine kleine Gruppe von zehn Mandatsträgern der anderen Arbeitergruppe von 41 Abgeordneten ihren Willen aufzwingen versucht. Darüber sollen sich die Kommunisten klar sein, daß es auch innerhalb einer sozialistischen Regierung ein Unterordnen unter den Mehrheitswillen gibt, und daß eigene Ziele zurückgestellt werden müssen. Die nächsten Tage werden zeigen, ob die sächsischen Kommunisten der ungetrübten Stunde gewachsen sind, oder ob sie lediglich nach dem Rezept der Moskauer arbeiterschädigende Phrasen-Politik streben wollen.

Das Sächsische Volksblatt in Zwickau verweist unter der Überschrift: Die Kommunisten sollen in Sachsen mitregieren! Jetzt heißt es Farbe für die Arbeiterbewegung zu bekennen! zunächst auf die 10 Punkte der Kommunisten, die „ein Sammelsurium von Möglichkeiten und Unmöglichkeiten“ genannt werden, und schreibt dann weiter:

„Darauf kommt es aber jetzt gar nicht an, sondern auf eine klipp und klare Antwort der Kommunisten, ob sie bereit sind, die von ihnen angebotene Arbeiterregierung, auf dem Boden der in der Reichs- und Landesverfassung festgelegten Möglichkeiten zu bilden. Wenn sie auf diese selbstverständliche Frage mit einem einfachen und klaren Ja antworten, dann wird die zweite Frage über das gemeinsame aufzustellende Regierungsprogramm verhältnismäßig leicht zu lösen sein. Die Kommunisten müssen jetzt Farbe bekennen; sie müssen jetzt beweisen, daß sie es mit ihrem Ozean nach der verfallenen Arbeiterregierung ernstlich meinen, daß ihnen wirklich daran liegt, in Sachsen eine sozialistische Regierung zu bilden, die gestützt auf eine stabile parlamentarische Majorität, dem Volkswohl und dem Wohle des Proletariats dienende sozialistische Politik betreiben kann. Wir wollen eine rein sozialistische Regierung haben, wir wollen uns des gesamtproletarischen Interesses willen mit den Kommunisten zusammen regieren. An den Kommunisten liegt es nun, ihre heuchlerischen Agitationen und Fraktionsinteressen beiseite zu lassen, und um der Sicherung der politischen und wirtschaftlichen Lebensfähigkeit des Proletariats willen auf die sozialdemokratischen Fragen mit einem einfachen klaren Ja zu antworten.“

## Beamtenbefolgung

(N.) Zur weiteren Ausführung des Beamtenbefolgungsgesetzes ist vom Finanzministerium in Verbindung mit dem Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts bestimmt worden: Der allgemeine Ausgleichsschlag zum Grundbesitz, zur Grundvergütung und zum Ortszuschlag, zu den Kinderbeihilfen, zu den besonderen Zulagen sowie zu den Bezügen nach Differenz 191, 192 und 193 der Befolgungsvorschriften beträgt für die Zeit vom 1. November 1922 an 49 Proz. Die hierdurch für den Monat November zu leistenden Nachzahlungen sind sofort zu bewirken. Den erhöhten Ausgleichsschlag für den Monat November erhalten anteilig auch die im Laufe dieses Monats aus dem Dienste ausgeschiedenen Beamten. Diese Vorschriften gelten sinngemäß auch für die Behördenangestellten, die unter dem Leitungsvertrag vom 18. August 1920 stehen.

## Der Reichsfinanzminister gegen die Sozialabgabe

Nach dem Beispiel der Stadt Chemnitz haben sich in neuerer Zeit verschiedene Gemeinden dazu entschlossen, sich ihre für die soziale Fürsorge aufzubewahrenden Mittel dadurch zu verschaffen, daß sie eine Steuer erheben, die ein Prozent der von einem Unternehmer in seinem Betriebe gezahlten Lohn- und Gehaltssumme beträgt. Ueber die reichsrechtliche Zulässigkeit dieser Steuer hat der Reichsfinanzminister gerichtet. Dieser hat geantwortet, daß nach seiner Auffassung diese Sozialabgabe sowohl gegen § 2 als auch gegen § 8 des Landessteuergesetzes verstoße, und daß er über die Frage, ob ein Verstoß gegen Reichsrecht vorliegt, gemäß § 6 dieses Gesetzes die Entscheidung des Reichsfinanzhofes herbeiführen werde.

## Der Kampf am Dover

Roman von Victor Hugo

Platzregen, Orkane, Donner und Blitze, Wellen bis zu den Wolken, Schaum, Rärm, Geseire, Strachen, Pfeifen, alles auf einmal, Entsetzung der Nordsee.  
Der Wind toste, der Regen wüthete herab.  
Gilliat, um den herum alles Abgrund war, enthielte in der letzten Minute vor der tödlichsten Gefahr eine strategische Klugheit sondergleichen. Er suchte seine Rettung beim Feinde selbst. Er hatte sich den Felsen zum Verbündeten gemacht. Der Doverfelsen, einst kein erbitterter Gegner, war in diesem ungeheuren Duell sein Sekundant. Aus diesem Grabe hatte er seine Festung gemacht. Er hatte sich in diese tobbringende Ruine des Meeres so eingewängt, daß er belagert wurde, aber gleichsam hinter festen Mauern. Er hatte sich sozusagen angelehnt des Sturmes an den Felsen festgeschmiegt.

Die Wache war auf drei Seiten gesichert, im Norden durch die Klippe, im Süden durch die große Klippe, im Westen durch die flackernden Felsen. Nur von Osten her bestand Gefahr. Am Omen befand sich nur der Wogenbrecher. Ein Wogenbrecher ist ein Infiltrationsapparat, der mindestens aus zwei Gitterheben bestehen muß. Gilliat hatte nur eins errichtet können. Das zweite baute er jetzt während des Sturmes.

Zum Glück kam der Wind von Nordwest. Das Meer beugte auch Ungefährlichkeiten. Dieser Wind konnte bei den Klippen nichts anrichten. Statt in die Straße einzudringen brach er sich an einem Walle.

Aber bei den Orkanen muß man auf plötzliches Umlagern gefaßt sein. Drehte sich der Wind nach Osten, ehe der zweite Wogenbrecher fertig war, so mußte die Gefahr verhängnisvoll werden.

Indes wuchs die Wut des Sturmes immer mehr. Schlag auf Schlag folgte. Darin beruht seine Stärke, aber auch seine Schwäche. Um rasen zu können, geht er mit der Bernunft durch, während der Mensch sich verteidigt. Aber unter welcher Last! Dies ist übermenschlich. Keine Sekunde der Ruhe, der Unterbrechung, des Stillstandes, des Atemholens. Die ganze tobende Unermüdbarkeit fiel über die Doverklippen her. Man vernahm zahllose Stimmen. Wer

## Saatenstand und Ernte Anfang November

(N.) Der Saatenstand in Sachsen ist, wenn man die amtlichen Vegetationsziffern (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering, 5 = sehr gering) zugrunde legt, für Anfang November als etwas über „mittel“ liegend anzusprechen. Für Winterweizen lautet die amtliche Vegetationsziffer 2,7, für Winterroggen ebenfalls 2,7, für Wintergerste, Klee und Klees 2,8, für Luzerne 2,4, für Bewässerungswiesen 2,7, für andere Wiesen 2.

Hierzu werden von zuständiger Stelle folgende Erläuterungen gegeben:

Infolge der Kälte im Boden und der rückständigen Erntearbeiten ist erst ein Teil der Winterweizen bestellt worden. Von den Kartoßeln- und Rübenländern, die noch bestellt werden sollen, ist ebenfalls die Frucht noch nicht abgeerntet. Wenn der Frost und die Kälte noch länger anhält, wird überhaupt ein Teil der für die Winterweizen bestimmten Flächen im Herbst nicht mehr bestellt werden können. Die nachfolgende Witterung hält die Entwicklung der Herbstweizen, auch die zu normalen Zeiten feststellen, sehr zurück, so daß sich deren Stand bis jetzt im allgemeinen noch schwer beurteilen läßt; teilweise ist der Ausgang etwas dünn.

Die Kartoßel- und Rübenlande hat unter der Ungunst der Witterung sehr zu leiden. Von den Kartoßeln und Rüben ist schon ein Teil erntet, weil es an Arbeitskräften fehlte, sie auszumähen. In den höheren Lagen sieht es noch bedenklicher aus. Hier liegt der Hafer noch zum Teil auf dem Felde und ist ausgewaschen, die Kartoßeln können aus dem zugestroteten und bedeckten Boden nicht gebrochen werden, das Grummet wird bei der Kälte und bei dem Mangel an Sonnenstrahlen nicht trocken und faul auf der Wiese, und das eingebrachte Getreide ist mitunter so feucht gerotet, daß es anfängt, in den Scheunen zu verderben. Die Strohernte war in diesem Jahre sehr knapp; es wird schon die und da über Strohmanget geklagt. Dem Herbstfutter, das sehr reichlich geworden ist, hat, soweit es noch ansteht, der starke Frost am 25. Oktober sehr geschadet.

## Auch ein „Schirmherr“

Unter dieser Überschrift lesen wir im Vormärz: In Leipzig existiert eine Gesellschaft der Freunde der deutschen Bucherei, die außer ihren bibliohelischen auch noch anderen Neigungen zu fröhnen scheint. Auf den Vorkurschlägen der Gesellschaft steht in prächtigen Lettern zu lesen: „Schirmherr: Seine Majestät König Friedrich August von Sachsen.“ Das Kubel, das und vorliegt, trägt den Stempel „A. 11. 22“, ist also genau vier Jahre nach dem denkwürdigen Tage abgesetzt, an dem diese Majestät ihre getreuen Unterthanen aufforderte, „ihren Ansd allezu zu machen.“ Wäre die Gesellschaft der Freunde der deutschen Bucherei der freundlichen Einladung ihres damaligen Landesregenten ebenfalls gefolgt, so hätte sie es vermeiden können, heute vor ganz Deutschland lächerlich zu machen. Denn wie dieser „Schirmherr“ über Wissenschaften und Gelehrte dachte, davon haben gerade in diesen Tagen die Veröffentlichungen von Hans Reimann aller Welt erheitende Kunde gegeben. Aber jeder blamierte sich, so gut er kann, und der Lauf der Welt wird dadurch nicht aufgehoben, daß es am Strand der Meise ein paar unheilbare Unterthanen abt, deren Jungen noch immer nach allerhöchster Spude seufzen.

## Sächsischer Bauernkalender

Der Landeskulturrat für Sachsen gibt seit vorigem Jahre einen sächsischen Bauernkalender heraus, der jedoch in zweiten Jahrgang für 1922 erschienen ist. Die Bearbeitung besorgte wie beim ersten Jahrgang Dr. Horst Höfer in Meißen, und man muß ihm zugeteilen, daß er seine Aufgabe mit Geschick gelöst hat. Er sorgte für gemeinverständlich und pädagogisch geschriebene Beiträge, für schmissige und künstlerisch wertvolle Zeichnungen, die den Kalender in reicher Fülle beleben und schmücken, für Frische und Abwechslung in der Form des Inhalts, für ein ansprechendes und freundliches äußeres Gewand und für einen geordneten und übersichtlichen Aufbau. Natürlich wird von unserem Standpunkt aus nicht jedes Wort, das der Kalender enthält, unterzogen werden können, im Gegenteil, manche Beiträge bieten breite Angriffsfelder, so z. B. der Aufsatz: Was uns nützt, eine Art Programmarbeit, in der über Arbeitsunlust und Streiksucht, Unerntlichkeit in der Entlohnung, nachsteigen Egoismus und Materialismus geklagt wird. Aber erfreulicherweise steht der Verfasser das, was ihm als Fehler erscheint, nicht nur bei andern, sondern er sagt auch den Landwirten manche derbe und herbe Wahrheit, z. B.: „Auch in den bäuerlichen Kreisen konnten wir hier und da einer abgöttischen Rammonismus und eine Erntehochzeit beobachten, die alle edlen Regungen zu ersticken drohten.“ Sollte das in den bäuerlichen Kreisen wirklich nur hier und da zu beobachten sein? Nicht nur an den

Sächsischer Bauernkalender für das Jahr 1922. Herausgegeben vom Landeskulturrat für Sachsen. Verantwortl. von Dr. Horst Höfer, Meißen. Buchschmuck von Rudolf Kreuter, Meißen, und andern. 112 Quartseiten, Preis 100 M., bei Bestellung über 10 Stück je 80 M. Zu beziehen durch die Buchhandlung des Landeskulturrates, Dresden-K., Schönienstraße 14, 1.

Wesen, sondern auch in der Landwirtschaft sehen wir „den Rang um das goldene Kalb in der unerbittlichsten Form“, und nur ein Teil der sächsischen Bauern hat sich von diesem wilden Spekulationsrausch, diesem egoistischen Materialismus freigehalten. Zur Bekämpfung des Übels werden zwei Wege gemieden: die ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege und die ländliche Volkshochschule. Wir zweifeln nicht, daß diese Wege, wenn sie recht gewandelt werden, dem Ziele näherbringen. Im Sinne dieser Forderungen ruft der Verfasser am Schluß seines Aufsatzes aus: „Das Vaterland darf jedes Opfer von uns fordern. Es gilt das deutsche Volk zu weihen und Größe. Daten mitzuarbeiten müssen alle bereit sein! Alles muß einander greifen, ein durch das andre blühen und reifen!“ Wir möchten nur wünschen, daß sich dieser gute, aus dem Kalender sprechende, das Gemeinwohl über die selbstlichen Belange des Einzelnen stellende Geist allen bäuerlichen Lesern des Kalenders mitteilen möchte. Dem Kalendermacher muß zugestanden werden, daß er nach Kräften bemüht war, in diesem Sinne und nach diesem Geiste zu wirken. Denn nicht nur die Sache, sondern auch die Form ist von Wert. Wenn wir auch sonst mit vielem, was der Landeskulturrat getan hat, oft scharf ins Gericht gehen mußten, so seinem Sächsischen Bauernkalender können wir ihm, abgesehen von manchen Einwendungen, im großen und ganzen beglückwünschen. pb.

Unsere sozialdemokratische Landtagsfraktion wählte in ihrer ersten konstituierenden Sitzung am vorigen Freitag zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten: Wirth, Dresden, Müller, Leipzig und Müller, Chemnitz, zu Kassierern Mader und Graupe und als Schriftführer Schurich, Liebmann und Decker.

Die amtliche Verkündung des Landtagswahlresultates für alle drei Kreise findet nächsten Mittwoch, vormittags 11 Uhr, im Sitzungssaal der Kreisoberamtmannschaft Dresden statt. — Bei der am Sonnabend erfolgten Bestimmung des endgültigen Wahlresultates im Wahlkreis Leipzig stellte sich heraus, daß für die deutschnationale Liste nicht, wie im vorläufigen amtlichen Wahlergebnis gemeldet worden war, 132 889, sondern nur 124 406 Stimmen abgegeben worden sind. Dadurch vermindert sich das Ergebnis weiter um 8433 Stimmen zu ungunsten der Deutschnationalen.

Der sächsische Landeshauptmann Dr. E. D., der wegen der Landtagswahl verschoben werden mußte, soll nunmehr am 20. und 21. November in Dresden abgehalten werden. Den Bericht des Landesvorstandes erstattet Lieberich, über die politische Lage und die Regierungsbildung in Sachsen referiert Paul Köpcke.

Der neue Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat am Sonnabend anlässlich seines Dienstantritts dem sächsischen Ministerpräsidenten einen Besuch abgestattet und bei dieser Gelegenheit mit dem Justizminister, sowie mit Vertretern der sächsischen obersten Justizbehörden und der Anwaltschaft Unterredungen gehabt.

Bürgermeister Dr. Weber in Leipzig, der dem Leipziger Ratkollegium seit dem 1. Mai 1923 als beurlaubtes Mitglied angehört, hat darum nachgesucht, ihn mit Rücksicht auf seine angegriffene Gesundheit nach Ablauf einer währigen Amtszeit als Ratmitglied mit dem 1. Mai 1923 in den Ruhestand zu versetzen.

Ein befristeter Milchwucherer. Das Schöffengericht Meißen verurteilte den sehr wohlhabenden Gutbesitzer Carl Reulisch, den den Milchwirtschaftlichen Landesverband festgesetzten Milchpreis domend überschritten hatte, zu 125 000 M. Strafe und Einziehung des erzieltten Mehrgewinns von 5233 M.

## Stadt-Chronik

### Hurra, Gänsebraten!

Eine beglückende Nachricht kommt aus Witten: es will uns eine Million Gänse schiden, Eine — Million — Gänse! Können Sie sich eine Vorstellung davon machen, hocherfreute Deutscher? Wenn diese Gänse im Gänsemarkt von der polnischen nach der deutschen Reichshauptstadt wandern und die erste Wochenschrift durchs Brandenburgische Tor, dann manifiziert die letzte gerade von Markkau ab!

Nehmen wir an, daß jede Gans nur 15 Portionen ergibt, so werden 15 Millionen deutsche Gansmen sich demnachst an polnischen Gänsebraten leben. Unsere Landbevölkerung wird verzögert, sie hat selbst Gänse; Wirtinnen, Juweliere, Großhändler, Schmuckfabrikanten und Filmstars treten ebenfalls als Selbstverwahrer beiseite zur Seite, so daß wir andern demode kochel Kaufleuten haben wie in der preussischen Lotterie.

Diese Gänse werden billig sein, fabelhaft billig, billiger als Maatjesheringe. Vorausgesetzt, daß sie nicht zu Postfelle wandern. Raffte ist ein Gaubrer. Er benötigt eine richtige Gänse. Diese Gänse hat zwei große Löre. Und Lokomotivschub natürlich. Es kosten z. B. durch das eine Lor 20 Waggon deutsche Feder aus Waggeburg ein. Vielleicht eine halbe Stunde später verlassen mit derselben Lokomotive 20 Waggon ein holländische Raffinade das andre Lor. Ein Ränderedel für Raffte, den Gaubrer!

Die Gänse kommen aus dem Lande der polnischen Mark. Diese gibt jetzt noch weniger als die deutsche, trotzdem

Lor zwischen den Doverklippen. Gilliat hatte Vertrauen. Aus einem großen Stück des Nordteils der Durande gebildet hielt es den Stoß der Fluten aus. Die Elastizität nämlich leistet Widerstand, und nach Stevenfon bietet gegen die an sich elastische Welle ein elastisches Holzwerk, nach bestimmter Form zusammengesetzt, besseren Schutz als ein gemauerter Wasserbrecher. Die Holzbarre Gilliat's erfüllte diese Bedingung und war außerdem so günstig gelegt, daß die Welle, die sie traf, wie der Hammer auf den Nagel wirkte. Sie trieb sie immer fester gegen den Felsen und machte sie immer dichter. Um sie zu zerstören, hätte die ganze Klippe umgeschleudert werden müssen. In der Tat gelang es dem Sturm nur, einige Wellen der Brandung über das Hindernis auf das Brack zu schleudern. Hier konnte er nur geifern, und Gilliat kümmerten seine wütenden Anstrengungen wenig.

Die Schaumfluten, die unheftigeren, haben uns wie geräufte Wolle. Die aufgeregte See habe die Felsen, stieß auf sie, trat in sie ein, drang in ihre innersten Spalten und dann aus den Granitmassen durch die engen Risse wieder heraus, so daß hier und da manliche Silberstrahlen von hoch oben ins Meer fielen.

Der zweite Wogenbrecher näherte sich seiner Vollendung. Noch einige Knoten in den Seilen und Ketten, und der Augenblick war da, wo auch diese Seite den Kampf aufnehmen konnte.

Büßlich wurde es außerordentlich heiß, der Regen hörte auf, die Wolken zerteilten sich, der Wind begann umzulagern, im Zenit öffnete sich gleichsam ein hohes Dämmungsfenster und die Hitze hörte auf. Man konnte glauben, es sei zu Ende. Es war aber erst der Anfang.

Der Wind war von Südwest nach Nordost umgesprungen. Seeleute nennen das die „Drehung um sich selbst“. Der Südwind hat mehr Wasser, der Nordwind mehr Blitze.

Der Angriff, jetzt von Osten kommend, wandte sich der Klippen Stelle zu.

Wieder unterbrech sich Gilliat in der Arbeit und ab auf. Er stellte sich auf einen Felsvorsprung, der hinter dem zweiten, fast fertigen Gitter aufragte. Wäre die erste Gitterstufe des Wogenbrechers losgerissen, so wäre auch die zweite, die noch nicht fest genug war, gewichen und hätte in ihrem Sturz Gilliat begraben.

(Schluß folgt)

schreit denn so? Augenblicke hindurch glaubte man Befehle zu hören, dann Rufe, Schreien, ein grobartiges und majestätisches Geseule. In unendlichen Kreisen piff der Wind über die gewirbelten Fluten. Die Wogen, unter seinem Druck zu Wurzelscheiben gefort, wurden gegen die Felsen geschleudert wie Riesengeschosse verborgener Athleten. Unermüdlicher Schaum tobte auf den Felsen, Ströme auf der Höhe, Niederrasteln in die Tiefen. Das Brüllen verdoppelte sich. Kein Menschenton, kein Tiergeheul kann eine Vorstellung von dem Rärmen geben, das sich in die Kasseret des Meeres mischte. Die Wolken donnerten, die Winde knallten, die See piff und wischte. Das Meer war bis an den Horizont, zehn Meilen weit, voll Schaum und Gift, Feuertore öffneten sich. Die einen Wolken schienen von den andern verbrannt zu werden und sahen wie Rauch aus aus andern, die Koblen glühten. Wogende Gebilde stießen aneinander, verdimolzen sich, vernichteten sich. Unermüdliches Wasser stürzte herab. Gewitterfeuer knatterte über den ganzen Himmel. In der Mitte befand sich eine Art umgestülpter Hütte, aus der Wasser- und Windhosen, Winde und Wolken, Farben und Wosspfer, Finsternis und Licht, Donner und Blitze herausfielen.

Gilliat schien auf nichts zu achten, den Kopf auf keine Arbeit gefenkt. Schon begann das zweite Gitter sich zu erheben. Auf jeden Donnerfchlag antwortete er mit einem Hammerfchlag. Er war ohne Kopfbedeckung. Der Wind hatte ihm seine Wäse fortgerissen.

Sein Durst war brennend. Wahrscheinlich hatte er Fieber.

In den Felslöchern um ihn herum hatten sich Regenpfützen gebildet. Er trank von Zeit zu Zeit mit der Hand.

Alles konnte von einem Augenblick abhängen. Er wußte, was ihn erwartete, wenn er nicht zur rechten Zeit mit seinem Gitter fertig war.

Das Toben um ihn her gleich dem siedenden Wasser in einem Kessel. Auf Augenblicke schien der Blitz eine Treppe hinaufzusteigen. Die elektrischen Funken schlugen unablässig auf dieselben Stellen der Felsen ein, die vermutlich mit Dioritodern durchsetzt waren. Hagelkörner, groß wie eine Faust, prasselten herab. Gilliat mußte die Locken seiner Meerjade anschnüren.

Der Sturm kam jetzt von West und schlug gegen das

man es nicht für möglich halten sollte. Darum ziehen die Gänse durch das große Tor ein. In diesem Augenblick schreien sie pörslich, starrt man aber brechen sie zur andern Tür heraus, so schaden sie das schönste Pottweisch. Sie haben nämlich inzwisch bei Passke eine pörsliche Verwendung erfahren und die pommerische Staatsangehörigkeit erworben. Einige nennen sich sogar Oberbruder, Bestenke oder Rügener Maßgefäßel, trocken, weiß Gest, die Einzel Mägen noch nicht zu Polen gehört. Und der Preis pro Pfund? O frag mich nicht!

Sie sind empört, ehemals höherfreute Leserin? Warten Sie. Denn nun trägt der Reichsrechnungsinstitut in Funktion! Er läßt die Gänse beschlagnahmen! Allerdings, sie sind nicht mehr da, das ist richtig. Dafür erscheint ein großes Paket an allen Stellen, Bünen und tausendjährigen Gärten: „Eine Million pommerische Gänse verschunden! Wiederbringen oder Belohnung!“ Die Kriminalpolizei arbeitet fieberhaft. Die Detektive versuchen, daß ein Paar Straßhühner laufend Wort führen. Die Wachposten stoßen Körbchen Proben aus. In Parkbuden wird eine autoverfahrene Gans verhaftet und gefesselt an das Reichsgericht nach Leipzig übergeführt.

Im übrigen ist nichts zu machen, weil gebotene Gänse nichts verraten. Wir wickeln uns den Mund — wieder mal, mitemännliche Leserin. Nur der Bauerer lacht. Nicht über die ... über den ... über das ganze Gesicht.

**Mißstände im Dresdner Friedhofswesen**

In dem 1921 von der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft herausgegebenen Buche „Sozialisierung des Bestattungswesens“ sind die Missstände benannt, die der Neugestaltung des Bestattungswesens entgegenstehen. Gemisse Edmund Fischer und Architekt Kurt Warbig schreiben darin u. a. auf Seite 30:

„Fast alle Friedhöfe sind in der Hand der Kirche. Die Parzellen haben ihre ursprünglichen Friedhofsausstattungen. Auf diesen Gärten kommt sich alles, was sich finks, beschauliche Betätigung und ohne große Verantwortungsgelahr sucht, form von dem unruhigen problematischen Drängen neuer Ideenströme. Hier wird „heiliges Land“ mit „Treu“, aber durch-aus nicht „freundliche Ansehung“ das Neue. Das ist un-bequem und steht auch immer verdächtig nach „Revolution“ aus. Wer hier durchgegangen ist, der weiß, gegen welche Mauer von Bescheidenheit und Unfähigkeit er vergeblich anzukämpfen hat. Menschlich verständig — diese Herrschaften haben ihre Zeit hinter sich. Es wurde ihnen nichts a. Ders gelehrt; so wurden sie wohl, Besen mit angelegten Augenklappen und selbstelegter Heute ihre Straße und wurden alt und grau. Verhängnisvoll wird die Sache nur, da die Herren das Geld in Händen haben. Mit diesen Friedhofsausstattungen ist nichts zu machen. Hier gibt es nur Bescheidenheit. Kommt die Sozialisierung, so wird die Einrichtung dieser Friedhofsausstattungen bestehen bleiben müssen, da sie zweckmäßig sind, aber ihre Zusammenfassung nach eine ganz andere werden. In ihrer Hand liegt die Durchführung der Friedhofsausstattungen, dieses nach der Planung wichtigsten Mittels zur praktischen Beseitigung der neuen Ideen und die unmittelbare Verantwortung über die entstehenden Friedhöfe. Ihrer Zusammenfassung auf sonach Congress anzuwenden.“

Diese Sätze weisen haarsträubend auf den Friedhofsaus-schuss zur Verwaltung des Elias, Trinitatis- und Johannisfriedhofs in Dresden. An der Spitze des Ausschusses steht Superintendent DDr. Kölsch. Unter dessen Leitung ist nun bestanden worden, den Friedhofsbetrieb wirtschaftlich „anzustellen“. Wie das geschehen soll, wissen diese Herren dank ihrer Un-ferntnis des Betriebes selbst nicht. Ihre Sparmaßnahmen haben sie damit begonnen, daß sie die Arbeiterinnenzahl stän-dig bestärken, so daß die Unterhaltung der Friedhöfe und die Pflege der Grabstellen stark darunter gelitten hat. Weiterhin wurde am 30. September allen hünderten Beamten und Angestellten für den 31. Dezember 1922 „vorfristig“ ge-lündigt. Seit 1. September ist ihnen keine Gehaltserhöhung bewilligt worden, so daß sie heute noch auf ein „Gehalt“ im Höhe des August-Einkommens angewiesen sind. Die Prämien-anleihe, die der Friedhofsaussschuß auf diese Weise seinen 16 Beamten und Angestellten abnimmt, soll jetzt bereits die Höhe von einer halben Million Mark überschritten haben. Die Arbeiter hatten bis 14. Oktober 79,80 M. Stundenlohn; durch Schiedsbruch des Schlichtungsausschusses wurden ihnen von 15. Oktober 100 M., vom 1. November an 135 M. und vom 15. November an 160 M. zuerkannt; dieser Spruch wurde durch den Donotholdungs-Kommissar für rechtsgültig er-klärt. Der Friedhofsaussschuß lehnte die Zahlung trotzdem ab. Darauf trat die Arbeiterinnenschaft am 10. November in den Streik. Der Friedhofsaussschuß machte aus diesem gerichtsferhigen Verhalten der Arbeiterinnenschaft einen Vertragsbruch und sprach ihre sofortige Entlassung aus. Seit dem 10. November können infolge der Verdrängung des Friedhofsaussschusses keine Beerdigungen mehr stattfinden. Keinem hier nicht soziale und hygienische Gründe in Frage. Wie ein kleinteiliges Einreisen der vorgelegten Ver-forderungen erledigen? „Nein“ als in diesem Falle kann ein Betrieb für die Sozialisierung gar nicht sein. Mit der „Umstellung“ des Betriebes ist beim Friedhofsaussschuß zu anfangen, der nur die Ein-stellung der Arbeiter erreicht hat.

**Der Achtstundentag der Handwerkslehrlinge**

Eine bedeutende Entscheidung von grundsätzlicher Be-deutung hat das Oberlandesgericht Dresden gefällt. Der Substaatsanwalt Viktorus beschäftigt in seinem Betriebe vier Lehrlinge, von denen drei fortbildungspflichtig sind. Alle vier Lehrlinge hat V. im Sommer 1921 längere Zeit hindurch, auch während der Schulferien, über die gesetzliche Arbeitszeit von 8 Stunden hinaus beschäftigt. Er ist deshalb wegen Zuwiderhandlung gegen die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit vom 28. November 1918 verurteilt und nur in einem Maße freigesprochen worden. Der Angeklagte hatte geltend ge-macht, die erwähnte Verordnung fände auf gewerbliche Lehrlinge überhaupt keine Anwendung, vielmehr sei da nur die Gewerbe-ordnung maßgebend. Weiter hatte er behauptet, daß es sich zum Teil um unaufrichtbare Arbeiter gehandelt habe, zum Teil auch um Anstammungsarbeiten, die nicht in die erdentliche Ar-beitszeit hineingerechnet werden dürften. Vor allem hatte er sich aber für berechtigt gehalten, den durch den Schulbesuch erlittenen Ausfall an Arbeitsleistungen durch ein Längerarbeiten an den andern Arbeitstagen nachzuholen. Demgegenüber hat das Land-gericht betont, daß die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit auch für Handwerkslehrlinge maßgebend sei. Ein Verzug des Angeklagten darüber könne den Angeklagten nicht vor Strafe schützen. Soweit dagegen die fort-bildungspflichtigen Lehrlinge in Betracht kämen, sei die Frage der Zuwiderhandlung zu ver-

neinen. Eine Verlängerung der Arbeitszeit zum Ausgleich des Ausfalls infolge des Schulbesuchs sei zulässig. Voraussetzungen dafür sei allerdings, eine angemessene Verteilung der Arbeitszeit auf die übrigen Werktage. Das Landgericht bezog sich hierbei auf eine an den Angeklagten erteilte Auskunft des Reichsarbeits-ministeriums.

Mit der Revision erstrebte der Angeklagte seine Frei-sprechung in vollem Umfange; sie hatte jedoch keinen Erfolg. Da-gegen hat das Oberlandesgericht auf die Revision der Staatsanwaltschaft das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an das Landgericht zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung zurückverwiesen. In der Urteilsbegründung wurde auf die ständige Rechtsprechung des Straßenamts verwiesen. Danach gehören Handwerkslehrlinge zu den gewerblichen Arbeitern im Sinne der Verordnung vom 28. November 1918, ebenso wurde be-jahrt, daß Auftrags- und Vorbereitungsarbeiten voll zählen, also innerhalb der achtstündigen Arbeitszeit erledigt werden müssen. Das Nachholen der durch den Schulunterricht ausgefallenen Ar-beitsleistung durch Längerarbeiten über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus gestatte die Verordnung an keiner Stelle. Keine der dort vorgesehenen Ausnahmen schlage hier ein. Die Absicht der Ver-ordnung sei deutlich erkennbar, daß der Achtstundentag gewahrt bleibt, wenn auch Unterricht nicht Arbeitszeit bedeutet.

Die Auskunft des Reichsarbeitsministeriums wolle nur, daß die dort angegebene Regelung unter den Beteiligten in der Höhe der gesetzlichen Bestimmungen sich bewegt und nicht willkürlich er-folgt. In der Regel ertrage der Fortbildungsschulunterricht nur wenige Stunden an einem Tage, und dem Handwerksmeister sei es überlassen, ob er den Ausfall an Arbeitsleistung hinnehmen oder aber nachhaken lassen will, was aber immer nur innerhalb des Achtstundentags zulässig sei. Im vorliegenden Falle werde der Unterricht an einem einzigen Werktag in der Woche erteilt und betrage neun Stunden. Hier müsse der Unterricht zum Ausfall der Arbeit führen. Eine zwölfstündige Arbeitszeit, wie sie der Angeklagte anzuordnen beabsichtigt habe, verstoße ganz und gar gegen die Verordnung. Das Landgerichtsurteil mache jede Kontrolle über den Achtstundentag unmöglich und lasse sich deshalb nicht halten.

**Demonstrationen gegen den 9. November**

In der Friedenskirche in Vorkade Lüdtau läuteten am 9. November die Glocken. Aber nicht etwa zur Feier des Tages. Sie riefen frühmorgens zur Arbeit, sie läuteten Mittag und Feierabend — dreimaliges Werktag geläutet kündete, daß die Geistlichkeit dieser Parodie den geschiedenen Feiertag misachtet und ihn als Werktag behandelt. Das Geläut war eine friedliche Demonstration gegen den 9. November, gegen seine Erklärung zum geschiedenen Feiertag, gegen die Regierung. Wir können es der Kirche überlassen, wie sie ihr Verhalten mit ihren biblischen Lehren in Einklang bringen will. Die Lüdtauer Arbeiter wissen jedenfalls noch bestimmter als bisher, was sie vom „Liberalismus“ der Lüdtauer Geistlichkeit zu halten haben. Und die Kirche darf sich nicht wundern, wenn sie mit diesem Demon-strationsgeläut wieder einige ihrer Mitglieder aus der Kirchen-gemeinschaft hinausgeläutet hat.

Auch in einer hiesigen Reichswehrkaserne wurde am 9. No-vember gegen diesen Feiertag demonstriert. Bei sämtlichen Truppen-teilen der Garnison Dresden war Sonntagsschicht eingeführt worden. Auch beim hiesigen Reiter-Reg. Nr. 12, aber eine An-nahme mußte es wieder geben. Diese Ausnahme machte die R.-G.-G. Kadron des Reiter-Regiments unter Führung des Herrn Oberleutnants v. Schlieffen, eines nahen Verwandten des früheren Stadtkommandanten von Dresden. Um 12 Uhr mittags, zur Speiszeit, stand die Kadron immer noch feierlichst auf dem Platz und übte für eine Besichtigung, die am folgenden Tage stattfinden sollte. Mehrere Zivilisten, die als Besucher in der Kaserne weilten, wurden wegen dieser Verletzung eines geschiedenen Feiertags, die von neuem daran erinnert, daß es noch immer militärische Befehlshaber gibt, die die Reichswehr zu einer Truppe gegen die Republik machen möchten. Mit Maßnahmen dieser Art werden sie aber nur das Gegenteil erreichen. Sie werden eine Zustimmung unter den Reichswehrsoldaten geziehen, die sich nicht gegen diese antirepublikanisch gesinnten Offiziere wenden muß und werden wird. Aufgabe der verantwortlichen Stellen aber ist es, nicht darauf zu warten, sondern schon jetzt Offiziere zu en-fernen, die sich nicht mit der neuen Staatsform abfinden wollen und sich selbst über dienstliche Anordnungen demotiviert hintersetzen.

**Abschaffung der Radfahrkarte**

Wolffs Telegraphenbureau verbreitet folgende Meldung: Der Zwang zur Führung eines amtlichen Ausweises verbunden mit den Unannehmlichkeiten der Beschaffung bei den Gemeinde-behörden wird von den Radfahrern als eine überflüssige Ver-lästigung empfunden und deshalb von allen Radfahrer-organisations seit vielen Jahren bekämpft. Auf eine Anfrage aus dem Reichstag, ob die Reichsregierung den Forderungen der Radfahrer Rechnung tragen werde, hat der Reichsüberseherminister nunmehr geantwortet, daß die Räder sich sämtlich dafür ausgesprochen hätten, daß von den Rad-fahrern ein persönlicher Ausweis künftig nicht mehr ge-fordert werden soll. Der Reichsüberseherminister hat deshalb die obersten Landes-behörden gebeten, die Polizeiverordnungen, die auf Grund der vom Bundesrat am 14. März 1907 angenommenen Grundzüge der Radfahrerkarte erlassen worden sind, entsprechend zu ändern.

Die Städtische Gewerkschule zu Dresden und Technische Mittel-schule nimmt für den am 9. April beginnenden Unterricht im Sommerhalbjahr 1923 für die Tagesabteilung, für die Nachmittags- und Abendabteilung und für die Technische Mittelschule neue Schüler auf. Die Aufnahme fortbildungspflichtiger Schüler wird von dem Verbleiben einer Prüfung abhängig gemacht und kann außerdem nur soweit Plätze verfügbar sind erfolgen. Anmeldungen sind an den nachbezogenen Tagen in der Sprechstunde des Direktors ver-täglicht von 11 bis 12 Uhr zu bewirken. Fortbildungspflichtige Schüler sind anzumelden für die Klassen der Tagesabteilung vom 15. bis 22. November nachmittags und für die Klassen der Ab-endschule vom 23. bis 30. November; fortbildungspflichtige Schüler haben sich in der Zeit vom 15. bis 31. Januar 1923 anzumelden. Bei der Anmeldung fortbildungspflichtiger Schüler ist die Ge-burtsurkunde und das letzte Zeugnis (oder das Personbuch) vor-zulegen. Das Schulgeld wird demnächst neu festgelegt und dann veröffentlicht werden.

Deutschlands Ausverkauf vor Gericht. Wegen angeblich be-absichtigter verbotener Ausfuhr eines Pejmantlets hatte der 32-Jahre alte Maschinenkloster Emil Stomholz aus Leipzig, jetzt in Dresden-Friedrichstadt, aufhällisch, einen Strafbefehl über 200 000 M. erhalten, aber Antrag auf gerichtliche Entscheidung ge-stellt. Das Dresdner Schöffengericht erkannte auf Freisprechung des Angeklagten. Der in dieser Strafsache mit vermittelte 28 Jahre alte Kaufmann Joseph Kropf aus Leipzig erhielt insgesamt einen Monat Gefängnis und 275 000 M. Strafe zuerkannt. — Das Schöffengericht zu Jizau verurteilte wegen Ausfuhrverstoßes und sonstigen Grenzvergehens in drei verschiedenen Terminen die 32 Jahre alte Verkäuferin Marie Seibt aus Gabeln zu 500 000 Mark Strafe, den 38 Jahre alten Bahnknecht Joseph Prapap aus Großhirsdorf bei Gabel zu vier Wochen Gefängnis und einer Million Mark Strafe, und die 22 Jahre alte Schankwirtin Lisa Runge aus Großmerzig gleichfalls zu vier Wochen Gefängnis und 2 010 000 M. Strafe. Die toterwähnten drei Angeklagten waren im Besitz der verbotenenartigen, teilweise recht wertvollen Schmucksachen betroffen worden, die sie ungewisshaft nach der Tische-Blommet ausführen wollten.

Verstorbene Straßenbahnschienen. Der Holzproduktfabrikant Karl Friedrich Müller und der Kaufherr Rudolf Oswald Koch, beide 68 Jahre alt, hatten auf der Königsbrüder Straße zwischen Arsenal und Kloppe schon lange Gleiseile der Straßenbahn liegen sehen und beschloßen, sich dieselben anzueignen. Sie besorgten sich einen Mann mit Pferd und Wagen um am 4. Juli das Verfühl einer Weiche, das von einem Straßenbahnbau liegen geblieben war, wegzuholen und als Altisen zu verkaufen. Das Stück war aber zu schwer; trotz allen Anstrengungen war es den drei Männern nicht möglich, es auf den Wagen zu heben. Es blieb also beim Versuch. Anders am 9. Juli, wo sie auf derselben Straße mehrere vier bis fünf Meter lange Schienenstücke aufluden und bei einem Eisenhändler verkauften. Die Stücke hatten einen Wert von über 4000 M. Das Gericht verurteilte Koch, bei dem Rückfall in Ver-tracht kommt, zu 5. und Müller zu 2 Monaten Gefängnis.

Gemeinschaftlichen Schwere Diebstahl verdien in der Nacht zum 8. Oktober der 24jährige Arbeiter Karl Hermann Horn und der ebenso alte Arbeiter Kurt August Köfel. Sie erbrachen drei Vorkubden und innerlich derselben Schränke und andre Behältnisse. Gestohlen wurden Arbeitskleider, Werkzeuge und andre Sachen. In einer der folgenden Nächte erbrachen sie zusammen die Vorkubde eines Grünwarengeschäfts, um vier Röhre Kessel und Zwischeln zu stehlen. Das Schöffengericht verurteilte Horn zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und Köfel zu 5 Jahren Ehrenreueverlust, Köfel zu 6 Monaten Gefängnis.

Eines großen Vertrauensbrudes machte sich der Schlosser Georg Vogel schuldig. Er war mehrere Jahre Kastellan im Künstlerhaus. Als solcher hat er sich eine große Anzahl Inventar-gegenstände und andre Sachen angeeignet und diese verkauft. Am 30. August 1920 wurde er wegen Rückfalldiebstahls und Diebstahl in zusammen 12 Fällen zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrenreueverlust verurteilt. Vogel hatte seinerzeit das Wiederannahmeverfahren eingeleitet, da er sich in mehreren Fällen zu Unrecht verurteilt fühlte. Tatsächlich konnte das Gericht jetzt dem Angeklagten zwei Fälle nicht einwandfrei nachweisen. Das damalige Urteil wurde abgeändert und der Angeklagte zu 2 Jahren 2 Monaten und 20 Tagen Gefängnis verurteilt. Die Strafe gilt als verbüßt.

Das Bezirksamt für Kriegerversorgung in der Amtshaupt-mannschaft Dresden-Alstadt weist darauf hin, daß der nächste Sprechtag für Kriegesbeschädigte und Kriegeshinterbliebene in Niedersiedlich am Mittwoch, nachmittags 3½ bis 6 Uhr, ab-gehalten wird. Der Sprechtag in Cosselbude für den Monat November fällt aus. In diesen Sprechstunden können Kriegs-eschädigte und Hinterbliebene in allen sie betreffenden Fragen amtliche Auskunft erhalten, Besuche zu Protokoll geben usw., auch können die Kriegesbeschädigten und Hinterbliebenen in diesen Sprechstunden nähere Auskunft über Bewährung von laufenden Teuerungszulüssen erhalten.

Große Tabakdiebstähle. Umfangreiche, seit Jahren auf Eb-läunen, in Lagerhäusern und Spielorten verübte Diebstähle von Tabak, sowie gewerbs- und gewohnheitsmäßige Diebstahlerei, und vornehmlich auch Vergehen gegen das Tabakfeuerpolizei, beschäftigen bereits seit einiger Zeit die zuständigen Polizeibeamten, die Post-behörde und die Dresdner Staatsanwaltschaft. Mehr als sechzig Personen sind in diese Angelegenheit verwickelt, eine ganze Anzahl der Beteiligten wurde verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis am Münchner Platz zugeführt. Der jeweils gestohlene Tabak wurde unterseuert bearbeitet, und unter anderm auch bekannte Zigarettenmarken nachgemacht und in den Verkehr gebracht. Wann die Strafsache die Dresdner Gerichte beschäftigen wird, läßt sich bei dem Umfange derselben noch gar nicht übersehen.

Entlassene Diebstahlhändler. Großes Aufsehen verursacht die Entlassung einer Anzahl Beamten und Prostituierten bei verdächtigem Dresden-Erokanen, die als Diebstahlhändler in dem Verdacht standen, teilweise bereits seit längerer Zeit mit fremden Geldern eigene Geschäfte getätigt zu haben, wodurch ihnen besonders in der arbeitslosen Zeit Millionenvermögen in die Taschen geflossen sind. So hatte sich beispielsweise einer dieser Beamten ein eigenes Auto ge-legen können. Inwiefern gegen die bestehenden Strafsätze und Bestimmungen verfahren werden ist, bildet zur Zeit den Gegenstand der behördlichen Ermittlungen.

Sarrasani Heimkehr. Am heutigen Montag und morgen, Dienstag, bleibt der Zirkus Sarrasani wegen der Vorbereitungen für die Winterreise geschlossen. Heute abend werden Sarrasani Transporte von Leipzig her in Dresden eintreffen. Die Premiere findet am Mittwoch abend statt. Hans Stöck-Sarrasani bringt 16 Zirkus-Sentationen nach Dresden, die durchweg vollkommen neu sind. Der Vorverkauf für den Gala-Abend am Mittwoch hat be-gonnen.

In der Elbe ertrinken kann man nicht, wenn man die Wintermonate dazu benutzt, um das Schwimmen innerhalb des Vereins für vollständigen Wasserpost gründlich zu erlernen. Durch die fadgemäße Ausbildung der bewertesten Techniker des Vereins, ist eine Erlernung bis zum Eintritten der Badesaison zu-gelichtet. Trotz der horrenden Ausgaben ist der Verein noch in der Lage, in diesem Monat den Kursus für Erwachsene auf 250 M., Jugend 150 M. und Kinder 100 M. festzulegen. Die Gruppen Alstadt und Neustadt, welche gemeinsam einen Schwimmkursus im Gänzlich Mittwoch, von 8½ bis 9½ Uhr, eingerichtet haben, nehmen gleichzeitig zu dieser Zeit Anmeldungen neuer Schwimm-schüler entgegen.

Belegommen und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt wurde der Eisenbahnassistent Wöhlke, der angeblich größere Unver-schlagungen begangen hat. Die Verhaftung wird in beteiligten Kreisen lebhaft besprochen.

Selbstmordversuch. Am Sonntag früh versuchte sich in Wit-teld ein 16jähriger Bauarbeiter durch Einatmen von Rauchgas das Leben zu nehmen, konnte aber nach 25 Minuten langer Zu-sührung von Sauerstoff wieder zur Bewußtsein gebracht werden, worauf er in der Heil- und Pflegenanstalt untergebracht wurde.

Die Pulsader durchschneidet sich am Sonntag nachmittags beim Schneiden von Gemüse in seinem Garten an der Lübecker Straße ein 50 Jahre alter Telegraphenfeldarbeiter, der mit Unfallwagen dem Krankenhaus Friedrichstadt zugeführt wurde.

Verhinderter Selbstmord. Am Sonnabend abend wurde in der Gerichtsstraße ein 31jähriger Arbeiter dabei betroffen, als er Selbstmord durch Erhängen verüben wollte. Der bereits behu-lose Mann konnte durch Zuführung von Sauerstoff wieder zur Bewußtsein gebracht werden und wurde in der Heil- und Pfleg-anstalt untergebracht.

Betriebsunfälle. In der Schiffwerft Neßgau trugen sich am Sonnabend nachmittags zwei Unfälle zu. Ein in Rennritz wohn-hafter, 42 Jahre alter Arbeiter zog sich bei einem Rehriss einen Knöchelbruch und ein 22 Jahre alter, in der Gellpferstraße wohnender Arbeiter durch einen Hammerschlag eine schwere Hand-verletzung zu. Beide wurden nach der Klinik von Dr. Sauerl be-gehert.

Selbstmord. Tot aufgefunden wurde am Sonnabend in ihrer Wohnung Rautenstraße 90 eine 74jährige Frau, die aus Sorge um das tägliche Brot durch Einatmen von Rauch-gas freiwillig aus dem Leben geschieden war.

Auf dem Bahndamm bei Reich fanden am Sonntag früh Straßenläufer einen etwa 25 Jahre alten Mann schwer verletzt und bewußtlos vor. Er war entseuert aus einem Wagenabteil während der Fahrt gestürzt oder er hatte sich vor eine Lokomotive in selbstmörderischer Absicht gemessen und war von den Klammern zur Seite geschleudert worden. Der Mann schien einen Schädel-bruch erlitten zu haben und wurde nach dem Carolahaus be-fördert. In ihm wurde ein in der Heimerstraße wohnhafter Mann fest-gestellt.

Unfallfall. Beim Schneiden von Gemüse in seinem Garten hatte am Sonntag nachmittags ein Telegraphenfeldarbeiter in der Lübecker Straße das Unglück, sich die Pulsader an dem linken Handgelenk zu durchschneiden. Der 50 Jahre alte Beamte wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt übergeführt.



